

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—, Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neungespaltene Komparatabelle über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Was wird aus der Abrüstung?

Die französische Stellung

In der Völkerverversammlung zu Genf hielt der französische Delegierte Koblemaire eine große Rede über die Abrüstungsfrage, die sich zu einer Auseinandersetzung des Verhältnisses Frankreich zu Deutschland gestaltete. Der Redner legte dar, daß sich die Stellung Frankreichs zum Abrüstungsproblem im letzten Jahr nicht geändert habe und bezeichnete als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein solle, beleuchtet werden und zwar

an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Koblemaire, daß er mit Vorsicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem anfaßte. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor dem Tod im Felde als letztes Wort „Es lebe Frankreich!“ ausgerufen hat, sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Ruf auf den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland“. Warum, so rief Koblemaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Helden — und ich sage das Wort „Helden“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, die Ausschreitungen, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen — warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teils der Welt birgt, zu ermöglichen und es in Bälde zu ermöglichen? Koblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusatzantrag Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und loyale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die in Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Koblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen.

Wie steht es mit Deutschland?

Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat oder aber

wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie, und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenfällt, gewiß und voll erst an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbesritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestreiten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolgedessen mit Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, so führte Koblemaire weiter aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Koblemaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“

Die Rede wurde von vielfachen Beifallskundgebungen unterbrochen. Zum Schluß beglückwünschten zahlreiche Delegierte den Redner.

Alle späteren Redner, Krieger-England, Symans-Belgien und auch Lord Robert Cecil schlossen sich den Darlegungen Koblemaires an und hoben ihre Bedeutung zum deutsch-französischen Problem hervor. So gab Krieger zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Gefühle nicht nur auf der einen Seite des Rheins. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Gegenseite etwas vergessen haben. Er zitierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsteilnehmer und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle. Frankreich und England, erklärte er wörtlich, sind in der letzten Zeit auf dem diplomatischen Boden Europas nicht immer einig gewesen. Neuhern will ich aber nichts darüber, meine Herren. Beide Staaten verfolgen das gleiche Ziel, beide wollen für den Frieden arbeiten, selbst wenn sie in den Methoden nicht übereinstimmen.

Symans-Belgien sah in der Uebereinstimmung Englands und Frankreichs ein bedeutungsvolles Ereignis, über welches auch die in der Versammlung vertretenen kleinen Staaten größte Genugtuung empfanden.

Lord Robert Cecil, der die Debatte beschloß, bezeichnete die Rede Koblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, hält es aber für unehrlich, wenn man nicht auf gewisse Mißverständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstreut werden können. Er hoffe, daß Koblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsbereite Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.

Parteien und Regierung

Bürgerliche Angst vor der Linkspolitik

Die Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie auf die Anfrage der Rechtssozialisten wird von der Presse noch nicht eingehend kommentiert. Dagegen liegen eine Reihe von Meinungen über die Taktik der Rechtssozialisten vor, die nicht uninteressant sind. Die bürgerliche Presse faßt das Vorgehen der Rechtssozialisten als ein rein taktisches Manöver auf. Am schärfsten vertritt diese Ansicht Georg Bernhard, der rühmlichste Vorkämpfer der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung. Er schreibt in der „Völkischen Zeitung“:

„Die Unabhängigen traten in scharfer Opposition, und die Wirkung dieser Opposition zeigte sich, wie voraussehbar, alsbald in einem Teil der mehrheitssozialistischen Parteipresse. Um diese Wirkung wieder gutzumachen, haben denn auch die Sozialdemokraten ihre neue Anfrage an die Unabhängigen gerichtet. Diese Anfrage soll beweisen, daß in Görlich die Sozialdemokratie nicht einseitig gebunden worden ist. Daneben aber will man mit ihr noch andere rein taktische Zwecke verbinden. Man will der Deutschen Volkspartei zeigen, daß man sie nicht unter allen Umständen braucht, und man hofft, von den Unabhängigen eine glatte Absage oder unannehmbare Bedingungen zu bekommen. Dieses gewagte Manöver läßt an den Fehlern aller überflügen Maßnahmen, nämlich an der Ueberschätzung der Ungewandtheit des Kontrahenten, in dessen Hand man sein Schicksal in dem Augenblick gibt, wo der Kontrahent sich als klüger ausgibt als man erwartete. Es steht jetzt bereits fest, daß die Unabhängigen eine Antwort geben werden, die weder die taktische noch die politische Situation der Sozialdemokratie bessert. Man hatte eben auf sozialdemokratischer Seite den Taktiker, den man gegenüber den Unabhängigen machte, einen taktischen Fehler hinzugefügt. Und die Folge ist, daß die Bildung der Koalition hinausgezögert wird, daß jetzt die Gefahr besteht, daß die Parteien sich noch mehr auseinanderreden, und daß die praktische Arbeit weiter weiß wie lange noch aufgeschoben werden wird.“

Bernhard sieht die Koalition gefährdet, weil er genau weiß, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, nur das eine Ziel verfolgen, die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bringen und so den rechtssozialistischen Einfluß noch mehr zu schwächen. Sie wollen deshalb die Ausdehnung der Koalition nach rechts und denken nicht im entferntesten daran, eine Schwendung nach links zu ermöglichen. Dies spricht mit aller Deutlichkeit bereits die „Germania“ für das Zentrum aus. Sie meint, daß das Vorgehen der Rechtssozialisten wohl nur die Verhandlungen in der Richtung der Verbreiterung nach rechts etwas verzögern werden und fährt dann fort:

„Man darf mit Sicherheit annehmen, daß der Gedanke der breiten Koalition der Mitte von den beteiligten Parteien mit der gleichen Entschiedenheit vertreten wird, wie dies bisher der Fall war. Wenn man also auf dieser oder jener Seite Gefahren aller Art wittern zu müssen meint, dann trifft dies sicher nicht zu. Man wird gut tun, die Lage nicht pessimistisch zu beurteilen. Nach wie vor darf man hoffen, daß die Erkenntnis in die Notwendigkeit der breiten Koalition zu dem Resultat führt, das der innen- und außenpolitischen Situation entspricht. Der Schritt der Sozialdemokratie wird zumeist so beurteilt, daß man ihm mehr taktische als politische Bedeutung zumißt. Man wird auf sozialistischer Seite selbst sozialistische Einsicht haben müssen, daß die Grenzen für das Zentrum diesseits der U. S. P. gezogen sind. Der Reichstag geht zwar für einige Zeit auseinander, soviel wie man aber aus parlamentarischen Kreisen hört, werden die notwendigen Verhandlungen zum Zwecke einer Regierungsumbildung im zweiten Abschnitt der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Von den Vorgängen im Reich ist zunächst die Regierungsbildung in Preußen mit beeinflusst. Sollte jedoch mit einer längeren Verzögerung der Umbildung im Reich gerechnet werden müssen, dann ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß man in Preußen dem Reich mit der Regierungsumbildung vorangeht.“

Die „Germania“ erklärt also bereits mit aller Deutlichkeit, daß das Zentrum es ablehnen würde, mit der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Diese Erklärung erfolgt unbedingt und ohne Einschränkung, bevor noch die Antwort unserer Partei vorlag. Die „Germania“ weiß nämlich, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie um die Verwirklichung eines bestimmten Programms geht, daß es ihr mit ihren Forderungen sehr ernst ist und deshalb die Ablehnung.

Und da ergibt sich von selbst die Frage, sollten die rechtsozialistischen Führer über die Auffassung der mit ihnen in der Koalition vereinten Parteien so gar nicht unterrichtet gewesen sein? Die Art, wie der Görlicher Beschluß inszeniert worden ist, ließ weder bei Freund noch Feind irgend einen Zweifel darüber, daß er eine Absage an die Unabhängigen und eine Zusage an die Deutsche Volkspartei bedeutete. Selbst wenn vor Görlich jemand wirklich hätte glauben können, die bürgerlichen Parteien würden sich mit einer Verbreiterung nach links ab-

Zur Lage im Burgenland

Ungarn ist formell bereit

Wien, 2. Oktober.

Wie die Völkische Korrespondenz von maßgebender Stelle erfährt, scheint die ungarische Regierung die Absicht zu haben, dem Ultimatum der Sozialistenkonferenz dadurch Rechnung zu tragen, daß sie ihre Truppen und ihre Gendarmerie aus dem Burgenlande abberufen und das Uebergabeprotokoll an die Interalliierte Mission in Debensburg am 3. Oktober unterzeichnen will. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Interalliierten Mission, ob die österreichische Regierung geneigt sei, ihren Vertreter in Debensburg zu beauftragen, das Uebergabeprotokoll zu unterzeichnen und zur Befestigung des Landes zu schreiten, hat die österreichische Regierung geantwortet, daß eine solche Uebergabeformalität vollkommen unzulässig sein müsse, solange sich das Land in den Händen der Banden befindet. Die österreichische Regierung könne sich keinesfalls mit einer formalen Uebergabe begnügen, sondern sie müsse die effektive Uebergabe verlangen sowie Garantien für die tatsächliche Säuberung des Burgenlandes von den Banden und für den zukünftigen unge störten Besitz. Sie sei daher nicht in der Lage unter den gegenwärtigen Umständen einen Vertreter für die Fertigung eines Uebergabeprotokolls anzuweisen. Ebenso wenig könne sie zur Besitznahme des Landes schreiten.

Diese Entscheidung der österreichischen Regierung ist nichts weiter als selbstverständlich. Der gegenwärtige Zustand in Westungarn würde durch die formelle Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls nicht die geringste Aenderung erfahren. Nach wie vor ist das Land von den ungarischen Banden besetzt, die auf alle Protokolle pfeifen. Der öster-

reichischen Regierung bliebe nichts übrig, als auf gewaltsamen Wege der Unterschrift des Protokolls Anerkennung zu schaffen. Dazu ist Deutschösterreich weder mit seinen schwachen militärischen Kräften in der Lage, noch hat es das Burgenland überhaupt zu erobern, sondern von der Entente auf friedlichem Wege zu übernehmen. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß Westungarn nicht von Ungarn selbst an Deutschösterreich abzutreten ist, sondern daß die Entente es von Ungarn empfängt und es dann Deutschösterreich übergibt. Ist eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den ungarischen Banden notwendig, so ist es die Entente, die mit ihren Kräften die Durchführung ihres Vertrages zu erzwingen hat.

Vermittlungsaktion

Paris, 2. Oktober.

Die Sozialistenkonferenz hat die Anregung der italienischen Regierung bei den alliierten Regierungen zur Kenntnis genommen, die Kabinette von Wien und Budapest zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Rom aufzufordern, um dort unter dem Vorsitz des italienischen Ministers des Aeußern ein Abkommen über die Frage der westungarischen Gebiete zu schließen. Die Konferenz hat den Vorschlag angenommen.

König Wilhelm von Württemberg gestorben. Herzog Wilhelm von Württemberg, der ehemalige König, ist auf seinem Schloß Bebenhausen am Sonntag vormittag im Alter von 73 Jahren gestorben.

In einer Nachwahl zum Pariser Gemeinderat wurde der wegen Neuterei bei der Schwarzmeerflotte verurteilte Kommunist Ratz gegen einen von den Radikalen aufgestellten Kandidaten mit 4574 gegen 1644 Stimmen gewählt.

finden; nach dem Görtlicher Beschluß und durch ihn mußte jede solche Bereitwilligkeit der bürgerlichen Koalitionsparteien vernichtet werden. Deshalb haben wir auch keinen Zweifel daran, daß es sich bei der rechtssozialistischen Anfrage für die Führung um ein tatsächliches Mandat gehandelt hat. Für eine Anzahl von Rechtssozialisten, die dem Görtlicher Beschluß bekämpfen, mag die Sache anders stehen. Sie wollen in der Tat sich die Unterstützung unserer Partei für eine linksgerichtete Politik sichern, um so dem unerträglichen Bündnis mit der Deutschen Volkspartei zu entgehen. Zugleich haben aber auch sie als Mitglieder der rechtssozialistischen Partei das Bestreben, auf alle Fälle die Verantwortung für den Görtlicher Beschluß und seine Folgen auf die Unabhängige Sozialdemokratie wenigstens zum Teil abzuwälzen. Und deshalb erklärt Erich Ruttner, der den Görtlicher Beschluß bekämpft, im „Vorwärts“, es sei Schuld der Abstinenzpolitik der Unabhängigen, wenn es überhaupt zu einer solchen Stellungnahme der S. P. D. kommen konnte.

Das Malheur für Ruttners Argumentation besteht nur darin, daß von einer solchen Abstinenzpolitik gar nicht die Rede sein kann. Denn wir haben der Regierung Wirth in der Durchführung ihres Programms, in der Erfüllung des Ultimatum, in der Führung einer entschiedenen republikanischen Politik keinerlei Schwierigkeiten bereitet und waren bereit, sie bei Durchführung einer solchen Politik zu unterstützen. Damit war die politische Existenz dieser Regierung gesichert, der Einfluß der Rechtssozialisten in dieser Regierung gestärkt. Glaubte Ruttner denn wirklich, daß ein Mehr nötig oder auch nur möglich wäre. Die Antwort der „Germania“ zeigt ja bereits, daß das nicht der Fall ist. Aber war denn die Stellung des Kabinetts Wirth, besonders nach der Ermordung Erzbergers, nach Bildung einer großen proletarischen Einheitsfront zur Durchsetzung energischer Maßnahmen für die Sicherung der Republik und für eine durchgreifende Finanzreform nicht fester als je? Kann Ruttner daran zweifeln, daß diese feste Stellung erst durch den Görtlicher Beschluß erschüttert worden ist? Nicht das Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokratie, ausschließlich das seiner Partei hat eine ganz unnötige Krise der gesamten Politik hervorgerufen und die Deutsche Volkspartei plötzlich fast zur Herrin der Situation gemacht!

Der falsche Ton

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth gegen die Deutschnationalen hat, wie wir sofort feststellten, auch die Deutsche Volkspartei getroffen. Auf neue wird damit bestätigt, daß zwischen der Volkspartei und den Deutschnationalen ein nur unerheblicher Unterschied besteht. In der Rechtspresse kommt das sehr deutlich zum Ausdruck. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt:

„In volksparteilichen Kreisen betrachtet man die Verständigung dadurch als wesentlich erschwert, daß der Kanzler in seiner vorgestrigen Rede so wenig positiven Verständigungswillen betätigt hat. Namentlich haben seine scharfen Ausfälle gegen die Gedankenschiefer bei der Volkspartei lebhaftes Befremden erregt.“

Und die „Berliner Börsenzeitung“ schreibt:

„Vor allem aber, und das war der entscheidende Punkt, den Dr. Wirth übersehen hatte, er darauf Bedacht zu nehmen, daß seine Abrechnung den Trennungstypus zwischen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei nach Möglichkeit verhärtet und nicht etwa wieder verwischt. Man hatte den Eindruck, daß eher das Letzte als das Erste der Fall gewesen sei.“

Es sprach nun aber kaum dafür, daß Dr. Wirth den richtigen Ton gefunden hätte, wenn nachher behauptet wurde, daß die Deutsche Volkspartei zu einer Fraktionslösung zusammengetreten sei, um sich darüber schlüssig zu werden, inwieweit etwa dem Koalitionsproblem durch die Rede des Kanzlers neue Schwierigkeiten erwachsen wären. Man erklärte, das Dr. Wirth mit seiner Sympathie ja immer aus der Seite einer Erweiterung der Koalition nach links durch Hinzuziehung der Unabhängigen gestanden habe, und legte keine neue Rede dahin aus, daß sie diesem Gedanken dienen solle, indem sie die Erweiterung nach rechts von neuem entscheidend erschwerte.“

Ebenso schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Debatte wurde solcher Gestalt zum Bräustein für die Grundlage der erweiterten Koalition, mit dem Erfolg, daß aller Voraussicht nach diese Grundlage vorerst erschüttert sein dürfte. Wenn die Deutsche Volkspartei, wie sie es beabsichtigt, mit in die Regierung hineinging, so konnte das doch nur eine Regierung sein, die wenigstens gewisse Garantien für ein halbwegs überparteiliches Verhalten und gegen die einseitig parteidemagogisch gerichtete Stellungnahme bot, die die derzeitige Reichsregierung zum schweren Schaden des inneren Friedens eingenommen hat. Es mußte von vornherein ernstlichen Zweifeln unterliegen, ob solche Voraussetzungen überhaupt in einem Kabinett gegeben waren, das mit dem Namen des Herrn Wirth firmiert. Diese Zweifel sind nunmehr durch ihn selbst nach der negativen Seite hin behoben worden.“

Das ganze scheint die Einleitung zu einem neuen verstärkten Feldzug der Volkspartei gegen Dr. Wirth zu sein.

Die Opfer von Oppau

625 Tote

Mannheim, 2. Oktober.

Nach der achten und neunten Oppauer Totenliste ist die Zahl der erkrankten Toten auf 373 gestiegen. Unerkannte Tote werden jetzt 75 gezählt. Die Zahl der Vermissten betrug nach der letzten Veröffentlichung 177. Somit erhöht sich die tatsächliche Zahl der Toten auf 625.

Der sozialistische Wahlerfolg in Schweden

Stockholm, 2. Oktober.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Sozialdemokraten haben 640 000 Stimmen und 93 Mandate (früher 75) erhalten, die Konservativen 454 000 Stimmen und 62 Mandate (früher 71), die Liberalen 332 000 Stimmen und 41 Mandate (früher 48), der Bauernbund 185 000 Stimmen und 21 Mandate (früher 29), die Linkssozialisten 6 Mandate (früher 5) und die Kommunisten 7 Mandate (früher 2).

Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen 24 Mandate an die sozialistischen und kommunistischen Parteien verloren.

Der 1. Kongress des Afa-Bundes

Die Zusammengehörigkeit von Arbeitern, Angestellten, Branchen — Die Fortbildung des Arbeitsrechts

Der 1. Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes wurde am 2. Oktober in den Räumen der Gesellschaft „Verein“ zu Düsseldorf eröffnet. Neben den Delegierten der angeschlossenen Angestelltenorganisationen sind zahlreiche Gäste, darunter Vertreter des Reichskanzlers, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, der Preussischen Regierung, sowie der Sozialdemokratischen Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Deutschen Demokratischen Partei, Johann des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und verschiedener diesem angeschlossenen Organisationen (Metallarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter, Maschinenisten, Gemeinde- und Staatsarbeiter) sowie des Deutschen Beamtenbundes erschienen.

Der Vorsitzende des Afa-Bundes, Aufhäuser,

begrüßte die Erschienenen, indem er insbesondere die Bedeutung der Aufgabe hervorhob, daß auf diesem Angestelltenkongress auch die Arbeiter und Beamten durch Gäste vertreten sind. Aufhäuser sagte, die gegenwärtigen Lohnbewegungen der Angestellten sind nicht bloße Tageskämpfe, sondern bilden einen Anlauf für die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Von diesen Lagekämpfen aus führen wir den Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Diesen Kämpfen stehen große Widerstände entgegen, denn hinter dem Unternehmertum machen sich starke politische Kräfte gegen die Angestellten bemerkbar, die vorrevolutionäre Zustände wieder herbeiführen wollen. Im Deutschen Reich ist wie in keinem anderen Lande die Gesetzgebung bemüht gewesen, eine

künstliche Trennung zwischen den Angestellten und den Arbeitern herbeizuführen. Diese Teilung der sozialen Gesetzgebung war kein Zufall, sondern ist bewußt herbeigeführt worden, um die Angestellten als Puffer zwischen den Unternehmern und den Arbeitern benutzen zu können. Unsere Aufklärungsarbeit ist nicht ohne Erfolg gewesen. Denn wir müßten im Afa-Bund bereits über 700 000 Anhänger. Wir führen den Kampf für unsere wirtschaftlichen Interessen gemeinsam mit den Arbeitergewerkschaften, die ihre Spitze im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund haben. Wir hoffen auch, daß unsere Beziehungen zum Deutschen Beamtenbund immer enger werden, bis schließlich der Beamtenbund als dritte freigewerkschaftliche Säule neben den Spinnenorganisationen der Angestellten und Arbeiter gemeinsam mit uns wirkt. (Lebhafter Beifall.)

Kollege Klingner begrüßte den Kongress als Vertreter des Deutschen Wertmeisterverbandes, der in Düsseldorf seinen Sitz hat. Klingner gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Kongress in Düsseldorf stattfindet. Er sprach den Wunsch aus, daß die bisher noch loseren Fäden, die die Afa-Organisationen umschloßen, zu einem festen starken Band durch die bevorstehenden Kongressbeschlüsse vereinigt werden. (Anhaltender Beifall.)

Danach folgten die Begrüßungsansprachen der Gäste, von denen namentlich die Rede der Vertreter der österreichischen freigewerkschaftlichen Angestellten, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes lebhaft applaudiert wurden.

In der Nachmittags Sitzung sprach Professor Dr. Sinzheimer Frankfurt a. M. über

„Die Fortbildung des Arbeitsrechts“

Er legte seinen Ausführungen folgende Leitsätze zugrunde: „Die moderne Arbeiterbewegung ist heute eine Bewegung aller Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge). Sie drängt nach gleichberechtigter Mitwirkung bei der Regelung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Die besonderen Interessen der abhängigen Arbeit sind damit in den Mittelpunkt der Gesetzgebung getreten. Diesen Tendenzen entspricht die Forderung nach einem einheitlichen, autonomen und sozialen Arbeitsrecht.“

Das einheitliche Arbeitsrecht hat einen doppelten Sinn. An die Stelle der geschichtlich zufälligen Sonderregelungen für einzelne Arbeitnehmergruppen soll für die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer ein allgemeines Arbeitsrecht mit einheitlichen Grundgedanken in einheitlichem Aufbau treten, das aber Sondervorschriften nicht ausschließt, wenn innere Gründe sie erforderlich machen. An die Stelle des gesplitterten Behördenwesens sollen einheitliche Arbeitsbehörden treten, in denen abteilungsweise alle auf das Arbeitswesen sich beziehenden öffentlichen Funktionen vereinigt sind.

Das autonome Arbeitsrecht soll den Gedanken verwirklichen, daß innerhalb der allgemeinen staatlichen Gesetze in erster Linie die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber dazu berufen sind, selbstständig das Arbeitsrecht zu schaffen. Die beiden Formen für diese Selbsttätigkeit sind die Tarifautonomie und Räteautonomie. Die Träger der Tarifautonomie können nur selbständige und unabhängige Gewerkschaften sein. Als Träger der Räteautonomie sind die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat heranzuziehen, die dadurch für das Arbeitsrecht ein selbständiges Leben gewinnen können, daß ihnen der Staat Verordnungsgehalt überweist, die bisher staatlichen Zentralbehörden zu sind.

Der soziale Gedanke im Arbeitsrecht beruht auf der Anschauung, daß die Arbeit nicht nur privates, sondern auch gesellschaftliches Charakter hat, und daß das gesellschaftliche Interesse den besonderen Schutz der Arbeit erfordert. Die Gesetzgebung muß in fortschreitendem Maße in allen arbeitsrechtlichen Beziehungen diesen Gedanken verwirklichen. Hierbei sind alle Versuche abzuweisen, die, wie die Kapital- und Gewinnabsicherung der Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben, die Entwicklung des sozialen Gehaltens nicht fördern, sondern hemmen. Das Ziel ist die in ihren Lebensinteressen gesicherte Arbeit in organisierter Gesamtwirtschaft.“

Keine Erschießung von Mitgliedern des Allrussischen Hilfskomitees. In seiner Antwort auf die Anfrage Kantsens sagt Tschitscherin, daß kein Mitglied des Allrussischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt sei. Lediglich eine Untersuchung sei im Gange, von der nicht zu erwarten sei, daß sie mit Todesurteilen enden werde.

Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Die Deutsche Friedensgesellschaft, die älteste pazifistische Organisation Deutschlands, beruft ihre diesjährige Generalversammlung zum 5. und 6. Oktober nach Bochum ein. Ihr Hauptthema lautet: „Wie bekämpft der Pazifismus den Bürgerkrieg und seine Ursachen“. Erster Referent: Redakteur Heinz Eitzel.

Warum ist für den Orang-Utan Fleischbrühe lebensgefährlich?

Von Dr. Th. Zell.

In dem kürzlich erschienenen letzten Bande von „Brehms Tierleben“ wird der Riesenorang, „Max und Moritz“ gedacht, die Ende des vorigen Jahrhunderts durch den Dampfer „Preußen“ nach Europa gebracht wurden und das größte Aufsehen erregten. Hierbei wird die erstaunliche Tatsache hervorgehoben, daß nach der Angabe des Schiffsobersten beide Tiere durch ihnen gereichte Fleischbrühe um ein Haar ums Leben kamen. In Übereinstimmung hiermit stand, daß sie Tauben, die für andere Affen ein großer Lederbissen sind, in jeder Altersform verschmähten.

Der Schiffsarzt wird durch folgenden Gedankengang zur Verabreichung der Fleischbrühe geleitet worden sein. Die Tiere magern in der Gefangenschaft sichtbar ab, da sie zuwenig fressen. Darum wollen wir ihnen wenigstens etwas recht Kräftiges zu essen geben. Was ist für den schwachen Menschen das Bestimmteste? Nach damaliger Anschauung war es unzweifelhaft Fleischbrühe. Bouillon genoss damals ein ungewöhnliches Ansehen als Stärkungsmittel. Das Ergebnis war allerdings den theoretischen Erwägungen nicht entsprechend.

Daß Affen sonst nicht reine Vegetarier sind, ist bekannt. Der junge Gorilla, der 1875 bis 1877 im Berliner Aquarium lebte, trank Bouillon täglich und aß am liebsten gebratenes Huhn. Für einen Schimpanse ist eine Ratte ein Lederbissen. Ein Vogelhändler, der kleine Affen hielt, klagte mir häufig, wie sehr er seine Vögel vor den blitzschnellen Griffen der Affen schützen müsse. Selbst einem ausgepöpten Vogel hatten sie, wie er mir zeigte, den Kopf abgerissen. Im Gegensatz hierzu lassen den Orang-Utan Vögel ganz kalt.

Wie ist dieser Unterschied zu erklären?

Ein Witzbold wird sagen, daß ein Apostel des Vegetarismus in der Heimat der Orang-Utans gepredigt und auf die Affen einen so tiefen Eindruck gemacht hat.

Die Sache wird dadurch noch verwirklichter, daß andere gefangene Orang Fleisch ganz gern aßen.

Vielleicht ist folgender Ausweg gangbar. In allen naturwissenschaftlichen Werken heißt es mit Recht: Der Orang-Utan ist ein Phlegmatiker, verglichen mit den anderen Affen, die Sanguiniker sind.

Dieses Phlegma beruht auf seiner Lebensweise. Während die anderen Affen als Springer Unglaubliches leisten, springt der Orang niemals. Keinem Affen habet es, wenn er auf den Boden springt. Der Orang-Utan fällt sich zu Tode. Das ist aber nur bei

seiner Gefangennahme der Fall, wobei man ihn vorher durch ein berausches Getränk bestimmungslos gemacht muß. Beim Klettern ist der Orang-Utan nicht wie andere Affen oberhalb des Zweiges, sondern unterhalb, weil er mit den Riesenorang hängelt.

Ein Tier mit dieser angeborenen Langsamkeit kann niemals einen Vogel fangen. Der Orang-Utan verschmäht also Tauben deshalb, weil er in seiner Heimat niemals Vogelfleisch frisst. Alle Orang fressen dagegen gern Eier. Denn selbst der langsamste Patron kann ein Vogelnest ausnehmen.

In den Jugendjahren sind die Orangs lebhafter und fangen auch wohl Vögel. Die fleischfressenden Orangs sind wohl alle junge Tiere gewesen.

Max und Moritz waren nach der ärztlichen Untersuchung wahrscheinlich 50 und 60 Jahre alt. Sie hatten also seit etwa 40 Jahren keinen Bissen Fleisch mehr zu sich genommen. Deshalb wirkte die Fleischbrühe für sie so verhängnisvoll.

Die erwachsenen Orang Utans sind also nicht deshalb reine Vegetarier, weil sie von der Nützlichkeit der vegetarischen Lebensweise durchdrungen sind, sondern weil sie aus einer Not eine Tugend machen. Das soll übrigens auch beim Menschen vorkommen.

Tamara Karjavina. Wenige, ganz wenige Tänzerinnen gibt es, die wie die Karjavina den Tanz als eigentliche Kunst repräsentieren. Die Pawlowna noch und dann...? Also lohnt es, diese Frau zu sehen und sie dankbar zu bewundern. Vor Jahren tanzte die Karjavina im Russischen Ballett Schumanns „Karneval“. Jeder, der sie damals gesehen hat, denkt noch daran, wie sie unter dem Flug und der Sehnsucht dieser romantischen Musik mit ihrem ganzen Leibe in einer himmlischen Scheinwelt geflügt und gelungen hat. Und als jetzt, nach langer, ungeheurerlicher Zeit, der Vorhang sich hob und diese vollkommenste Anmut in unsere Tage stieß, da wollte man fast weinen. Ueber diese vollendete, fast nie gehaute Kunst, aus innerster Herrlichkeit heraus, Chapins Seele, im Traum und im Taumel belauscht, der zärtlichste Mojart, mit zurückgehaltener Gelentigkeit und mit vollendetem Stillsitzen hingebacht: ein weißlicher Madin mit Turban und Halbmond, und noch andere vollkommene Buntdrucke aus alter, eleganter Zeit, der prächtige Partner Gavriloff, sonst mit einem weiblich-bildlichen Einschlag, hier halb stumpf die etwas steife Zarlichkeit markierend, und endlich als Höhepunkt „Der gelbene Vogel“ von Ispakowoff, flatternd wie ein himmlischer, hinwelternder Schmetterling, — da vergaß man, ohne sich vor sich selbst zu entschuldigen, das große Leid der Zeit und man wachte: Tanz ist wie Musik, eine Sinfonie ist wie ein unendlich schöner Frauenkreis in seinen höchsten Bewegungen: Entschwinden ins Nichts der Reinheit. . . .

Arno Kadel

„Die ersten Sporen“ (Neues Theater am Zoo). Jetzt einmal einen Schieber auf die Bühne zu stellen, der in einem

gelaunten Schloß mit Ahnengalerie haust, ihm ein Söhnchen geben, das sich seine Sporen bei einer schönen jungen Gräfin mit sechzehn Jahren schon verdient, einen Erfinder erfinden, der die Welt mit künstlicher Milch beglücken kann: das muß heute zeben, sagte sich Roda Roda, und er schrieb diesen „Scherz“, wie er ihn selbst nennt, und der am Sonnabend jeden vernünftigen Menschen entschuldig gelangweilt hat. So viel Provinzialismus, älteste Mache, so viel natürliche Unmöglichkeit auf einmal auf einer Bühne mitten im tollsten Gegenwartslieben am Bahnhof Zoo, das hätte sich niemand träumen lassen. Man sollte jeden Abend dreihundert Arbeiter in dieses Theater schicken, damit sie sehen, wie sich die feinere Gesellschaft jetzt unterhält.

A. N.

Zusammenkunft der deutschen Volksbibliothekare. Am 15. und 16. September hat zu Berlin die erste Tagung deutscher Volksbibliothekare stattgefunden. Ausgiebige Erörterung lebenswichtiger Fragen des deutschen volkstümlichen Bücherwesens, besonders organisatorischer und wirtschaftlicher Art, führte zu einmütigen Beschlüssen; insbesondere wurde dem Vertreter der Städte als dringende Forderung übermittelte, das verantwortungsvolle Amt des Leiters öffentlicher Büchereien, als des berufenen literarischen Beraters der Einwohnerschaft, in Zukunft nur Berufsbibliothekaren anzuvertrauen. Die über das ganze Reich sich erstreckende und die Landesgruppen umschließende Arbeitsgemeinschaft gab sich eine feste Organisation unter dem Namen Büchererverband. Organ des Verbandes ist die Zeitschrift „Bücherei und Bildungspflege“ (Leipzig, Harrasowitz), in deren Oktoberheft ein ausführlicher Verhandlungsbericht erschienen wird. Sitz der Geschäftsstelle ist vorläufig die Stadtbücherei, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 166/167.

Tages-Notizen

Näher als Volkshilfer. Um den hohen Bildungswert, den die Weibermehrheit der Literaten in sich bergen, den breiten Volksschichten zu erschließen, hat die Volkshilfs-Gesellschaft Berlin ihre Literaturabteilung mit besonderer Sorgfalt ausgestattet. In der kommenden Herbst-Arbeitsperiode werden in zahlreichen Kurien und Arbeitsgemeinschaften nicht nur die wichtigsten Klassiker, sondern auch die bedeutendsten Erörterungen der Moderne behandelt werden. Gleichgültig haben die Abteilungen Kunst und Musik einen nicht minder stattlichen Ausbau erfahren.

Volksbühne G. B. Am Donnerstag haben die diesjährigen Mitglieder-Versammlungen der Volksbühne G. B. statt, und zwar für die 25. Jahresversammlung im Generalkonzert, 46-49 in den Westfalen, 81-123 im Kaiserhof, 130-175 in Walters Hof und 176-200 im Englischen Hof. Die Mitglieder sind eingeladen.

Die Volksbühne G. B. wird mit einem Vortrag von Dr. Hans Binde über die „Geistige Kultur der Gegenwart und ihre Überwindung“ durch Holzapfels „Reinhold“ eröffnet. (Abends 9½ Uhr im Schauspiel, Zimmerstraße 111-112.) Aus den letzten Nummern seien erwähnt: Holzapfels Erläuterung des Schillens, Holzapfels Biographie des Schillens und der Kunst. Die weiteren Vorträge und Ausprägungen finden im Elisabeth-Verein, Winterstraße 68, statt.

Arbeiter-Kunst-Bewegung. Die Ausstellung von von Arbeitern gefertigten Bildwerken, Skulpturen, Holzschnitten und Zeichnungen in der westlichen Schule zu Reußstr. 11/12, ist eröffnet. (Abends 8½ Uhr im Westfalen, Zimmerstraße 111-112, Sonntags 10-13 Uhr. Eintritt frei.)

Im Kronprinzenpalais (Nationalgalerie) ist jetzt im mittleren Stockwerk ein Corinthisches Saal eingerichtet worden.

Das Kuttner-Orchester veranstaltet Mittwochs, 7½ Uhr, in der Ständerei Friedrichshagen unter Camillo Hildebrand einen Wagner-Abend.

Provinzialkonferenz Berlin-Brandenburg U.S.P.D.

Zur Sonnabend abend und Sonntag war vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg zum erstenmal eine Provinzialkonferenz einberufen, die zu den Aufgaben der Partei und zur politischen Lage Stellung nahm. Das Referat über

Die Aufgaben der Partei

hatte der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Genosse Krille, übernommen. Er führte aus:

Das die U.S.P. eine große geschichtliche Mission zu erfüllen hat, tritt in dem jetzigen Augenblick ganz besonders zutage. Nicht nur die S.P.D., sondern auch die K.P.D. werden jeden Tag als Kämpferin für den revolutionären Sozialismus unzuverlässiger. Zerfallerscheinungen treten in der K.P.D. immer häufiger zutage. Alle Hoffnungen des Proletariats können begraben werden, wenn auch die U.S.P. verfallen würde.

Der Schlag, den uns die Spaltung verfehle, ist überwunden, und wir haben mit unserer Auffassung über den Aufbau einer Organisation Recht behalten. Der Landtagswahlkampf konnte bereits in verhältnismäßig günstiger Weise durchgeführt werden und kann als Wendepunkt in unserer Parteigeschichte betrachtet werden. Seit diesem Tage hat unsere Partei an Einfluss ständig gewonnen. In den meisten Orten haben wir wieder festen Fuß gefaßt. Erfreulich ist es, daß eine ganze Reihe von Distrikten in den Landdistrikten sich fest umrissene Arbeitsgebiete geschaffen haben. Der Bezirksverband setzt sich zur Zeit aus 340 Ortsgruppen zusammen.

Die Distriktskonferenzen müssen weiter ausgebaut werden, denn in ihnen können alle Streitfragen am besten gelöst werden. Die Delegiertenzahl der Bezirksgeneralversammlung ist zu groß. Auch der Zentralvorstand hat zuviel Mitglieder. Er ist zu schwerfällig, um schnelle und durchgreifende Beschlüsse fassen zu können. Alle Anregungen und Vorschläge über den Ausbau des Mitteilungsblattes konnten und können nicht berücksichtigt werden. Mehr als bisher ist Wert zu legen auf eine Steigerung des moralischen Einflusses. Alle Kritik in Parteitreffen muß offen und sachlich sein. In bezug auf Agitation und Rednerfeststellung konnten ebenfalls nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Nur an den günstigsten Tagen dürfen in der Provinz öffentliche Versammlungen angelegt werden. Benachbarte Ortsgruppen müssen sich gegenseitig unterstützen. Wenn wir einen guten Versammlungsbetrieb wünschen, dann muß eine entsprechende und sich steigende Propaganda einziehen. Die Arbeit vor Zellerksammlungen und Erhebung von Eintrittsgeld ist zu überwinden.

Die Landtagitation muß mehr wie bisher von den Berliner Distrikten unterstützt werden. Eine ganze Anzahl Berliner Distrikte haben musterhafte Arbeit geleistet. Diese Tätigkeit wird außerordentlich erschwert durch die steigenden Kosten. Die Landdistrikte sind daher in Zukunft mehr wie bisher auf sich selbst angewiesen. Berlin wird es an Unterstützung nicht fehlen lassen.

Die Frauen in der Partei.

Der Wichtigkeit der Agitation unter den Frauen entsprechend, hat sich die Leitung diese Agitation besonders angelegen sein lassen. Die „Kämpferin“ als Organ unserer Genossinnen bedarf gewiß noch des Ausbaues und der Erweiterung.

Der „Junge Kämpfer“ hat eine erfreuliche Zunahme an Lesern gefunden. Damit zeigt sich der erfreuliche Fortschritt der sozialistischen Proletarier-Jugend.

Die Finanzfrage für die Partei ist so ziemlich das schwierigste Problem, das die Leitung beschäftigt. Die Genossen müssen nach Mitteln und Wegen suchen, der Partei mehr Einnahmen zu verschaffen, damit sie zu jeder Zeit alle an ihr gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

Genosse Krille berichtet sodann über den Stand unserer Presse. Außer der Berliner „Freiheit“ sind in der Bezirksorganisation noch zwei weitere Parteizeitungen vorhanden. Die Potsdamer „Freiheit“ und der „Freie Volkswille“, Cottbus. Unsere Provinzialblätter müssen mehr noch wie bisher verbreitet werden. Beide bedürfen der finanziellen Stärkung. Die „Sozialistische Gemeinde“ ist ein notwendiges Informationsorgan für alle in der Gemeinde tätigen Genossen.

Unsere Partei, die einzige aller Parteien, hat keine andere Unterstützung als die Beiträge ihrer Mitglieder. Wenn trotzdem die meisten ihre Aufgaben so erfreulich erfüllen, so ist das dem Opferwillen und der unermüdbaren Arbeit unserer Funktionäre zu danken. Groß sind die Anforderungen, die die Zeit an unsere Partei stellt. In dem energischen Kampf um Erringung der politischen Macht für das Proletariat stehen wir allein. (Beifall.)

Ludwig (vom Zentralkomitee): Die S. P. D. will die Schuld für ihren Görlitzer Beschluß auf die U.S.P.D. abwälzen. Dieses Spiel muß bloßgestellt werden. Die Anfrage der S.P.D. wird durch unsere Partei in einer Form beantwortet werden müssen, die im Interesse des deutschen Proletariats liegt. Unsere Beschlüsse zur Regierungsallianz sind bekannt. Die Anfrage der S.P.D. ist entstanden aus der Angst der Rechtssozialisten, von den Massen der arbeitenden Bevölkerung verlassen zu werden.

Krämer (Jugendl.): Unsere Jugendbewegung ist außerordentlich hilfsbedürftig. Durch den Streik und die Spaltung innerhalb der Jugendbewegung haben sich viele Jugendliche gänzlich von der Bewegung zurückgezogen. Es gibt viele Parteigenossen, die ihre Kinder nicht ausweisen, und auch Genossen an heroischeren Stellen unterstützen uns zu wenig. Die Ortsgruppen müssen überall Jugendgruppen einrichten und unterstützen. Mit Material und Referenten hilft die Zentrale der S. P. D. Für die Jugendleitung muß jeder Funktionär werden.

Großmann: Eine gute Versammlungspropaganda scheiterte meist an der Geldfrage. Es muß versucht werden, die Versammlungskosten durch Zellerksammlungen oder ein minimales Eintrittsgeld zu decken. Reichhaltige Frauenbeiträge in den Parteizeitungen nähern der Partei mehr als die „Kämpferin“. Die Lesenden der Frauen könnte man einschließen lassen, dafür müßten aber die Frauen mehr für den Jahrsabend usw. interessiert werden. Wenn wir die Organisation vorwärts bringen wollen, müssen wir der Organisation mehr Mittel bewilligen.

In der Sonntagsitzung wurde die Ansprache fortgesetzt:

Schäfer: Die gerügten Mängel in der Provinz liegen in den dortigen Verhältnissen begründet. Es fehlt sehr oft an geschulten Kräften. Im „Mitteilungsblatt“ müssen die Ortsgruppenleiter Material finden, das sich zur Schulung der Genossen eignet.

Krüger: Die Agitation muß intensiver werden, in der bisherigen Form ist sie unfruchtbar. Die Berliner „Freiheit“ muß das Fundament der gesamten Provinzpresse werden. Die Provinz muß sich an der Kostendeckung beteiligen. Zu erörtern wäre die Schaffung einer auf ausgearbeiteten, reichhaltigen Wochenchrift. — Mit dem Drei-Mark-Beitrag kommen wir nicht mehr aus.

Goldberg fordert Schaffung von Referentenkursen in der Provinz. Gegen eine Beitragserhöhung äußert er lebhaftes Bedenken, ebenso gegen eine Erhöhung des Zeitungspreises. Das Eingehen des „Landboten“ sei außerordentlich zu bedauern.

Genossin Schubert: Der Kreis der tätigen Genossinnen ist erschreckend klein geworden. Alle Genossen müssen ihre Frauen zur Mitarbeit heranziehen. Bei der Betriebsorganisation ist mehr Wert auf die Frauenpropaganda zu legen.

Genossin Demning: Wenn man die Jugend organisieren will, dann müssen wir auch die Kinder schützen. Helfen Sie der Kinderbeschaukommission in ihrer schweren Arbeit.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Krille machte Genosse Schenk kurze Ausführungen zur Bildungsfrage. Für Berlin sind Vorbereitungen getroffen. In der Provinz müssen wir mehr zur Selbsthilfe greifen. Die Frage, die nicht nach Berliner Rezept behandelt werden kann, muß in der allerersten Zeit geklärt werden.

Alsdann nahm Genosse Crispian das Wort zu seinem Referat über

„Die politische Lage“.

Die Stärke einer Partei liegt darin, daß sie zu gleicher Zeit ihre grundsätzliche Haltung bewahrt und in Einklang bringt mit den politischen Notwendigkeiten. Hätten wir den Friedensvertrag nicht unterschrieben, so hätten wir eine Verschärfung aller Krisen bekommen. Das Interesse des Proletariats erfordert, daß wir in möglichst wenig kapitalistische Konflikte, besonders militärischer Art verwickelt werden, um Zeit zur Entgiftung der außenpolitischen Atmosphäre zu bekommen. In außenpolitischer Hinsicht haben sich als Folge dieser Politik überall Anzeichen einer Verständigung bemerkbar gemacht. Die Kapitalisten hoffen, daß die jetzige Regierung an den Fragen von Oberösterreich, der Sanktionen und der Wiedergutmachung scheitert und daß dann eine bürgerliche Rechtsregierung zustande kommt. In der Frage der Wiedergutmachung ist eine planmäßige Sabotage der Kapitalisten zu beobachten. Die Wiedergutmachung kann nur in gemeinsamer Arbeit durchgeführt werden. Ob das Abkommen von Wiesbaden in seiner jetzigen Form zustande kommt, kann man noch nicht voraussagen. Der Marxismus ist eine wichtige politische Frage. Die Regierung hat gegen das Spekulantentum nichts unternommen. Das Reich hätte wenigstens durch das Börsen-Umsatzsteuer-Gesetz an den Gewinnen beteiligt werden können.

In nächster Zeit stehen uns Kämpfe in der Steuerfrage bevor. Damit in Verbindung stehen Kämpfe gegen die gesteigerten Verelendungstendenzen und gegen die kapitalistisch-monarchistische Reaktion. Bei den Kämpfen in den Steuerfragen muß immer und immer wieder festgehalten werden, daß das gegenwärtige Elend die Folge der von Helfferich eingeleiteten Kriegsfinanzpolitik ist. Von vornherein haben wir verlangt, daß in der Finanzpolitik eine ganz neue Richtung eingeschlagen werden muß. Ueber die Erfassung der Goldwerte hinaus haben wir die Sozialisierung in verstärktem Maße gefordert, die auch von den Rechtssozialisten vernachlässigt wurde.

Die Tageskämpfe dürfen uns jedoch nicht abbringen von dem Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Wenn die rechtssozialistische Partei eine Politik der Verständigung mit den bürgerlichen Parteien treibt und sich einstellt auf eine Zusammenarbeit mit diesen Parteien, dann müssen wir um so mehr festhalten an unserer Einstellung, die auf ein Zusammenbringen der Arbeiterklasse hinausläuft.

Der Nord an Erzberger hat den offenen Kampf gegen die Reaktion ausgelöst, der in seinem ersten Anlauf zum Stillstand gekommen ist. Die Verordnung des Reichspräsidenten haben wir nie gebilligt, denn wir waren nie Freunde von Ausnahmeverordnungen; wir verlangen gesetzliche Maßnahmen. Es kam dann der Görlitzer Beschluß der Rechtssozialisten, der zunächst die Front der Arbeiterschaft erschütterte. Durch diesen Beschluß ist gegenüber der Arbeiterschaft großer Schaden verübt worden. Wir wollen die Einigung der Arbeiterschaft, oder nicht im Sumpf der Opportunismuspolitik und unter Preisgabe des Willens zur Revolution. Eine organisatorische Einigung mit den Rechtssozialisten hätte bedeutet, daß wir abgedankt hätten vor der rechtssozialistischen Politik in dem Augenblick, wo durch den Nord an Erzberger die ganze Ansehbarkeit dieser Politik wieder offenbar geworden war. Wir müssen jetzt darauf achten, daß die Entwicklung der Opposition im rechtssozialistischen Lager mehr und mehr gefördert wird, indem wir ihr mit sachlichen Argumenten zur Hilfe kommen. Die Rechtssozialisten verursachen nun durch ein ganz raffiniertes Manöver uns die Verantwortung zuzuschreiben.

Der Redner bespricht dann eingehend die Anfrage der Rechtssozialisten und die Antwort unserer Partei und fährt dann weiter fort: Wir fühlen uns in unserer Politik auf die Erkenntnis, daß die kapitalistische Entwicklung in ihrer höchsten Stufe die Keime der sozialistischen Gesellschaft in sich trägt, wir fühlen uns auf die wachsende Einsicht und Entschlossenheit der Massen. Wenn wir die Republik verteidigen, so danken wir als Klassenkämpfer nicht ab, sondern wir verteidigen die Republik zugleich als günstigen Kampfboden des Proletariats für Eroberung der politischen Macht. Keine bürgerliche Partei und keine Koalitionspolitik kann die großen Probleme lösen, diese können nur von der Arbeiterschaft nach Eroberung der politischen Macht gelöst werden. (Lebhafte Beifall.)

In der anschließenden Diskussion sprach zunächst Genosse Schünemann: Durch die Erklärung unserer Partei, unter bestimmten Umständen und bei fest umrissenen Forderungen in die Regierung einzutreten, wird das rechtssozialistische Manöver entlarvt werden. Die von uns gestellten Forderungen als Vorbedingung für den Regierungseintritt sind ungenügend.

Alte Bloch erklärt sich mit den Ausführungen des Vortragners nicht einverstanden. Die Antwort der U.S.P.D. auf die Anfrage der S.P.D. ist in der vorliegenden Form richtig.

Sollmehrs Haus: Die Sozialpolitik macht nicht die unbedingt notwendigen Fortschritte. Dem Gedanken der parlamentarischen Einigung dürfen wir nicht entgegenhandeln. Die Beschlüsse unserer Partei sind gut zu heißen.

Blasenschlager wendet sich gegen Bloch und Lauffant. Die „Freiheit“ treibt eine durchaus verständige Politik. Aus der Antwort der Partei an die Rechtssozialisten hätte klar hervorgehen müssen, ob die Partei sich an einer bürgerlichen Regierung beteiligt oder nicht. (Lebendour: Sie sind also für den Eintritt?) Ja wohl! Schon nach dem Kapp-Putsch trat ich dafür ein. Wir müssen der Stimmung unserer Genossen, auch der auf dem Lande, Rechnung tragen.

Demper: Zu viele Genossen treiben Gefühlsduselei. Krüger und Müller werden an ihren eigenen Worten zugrunde gehen. Wir dürfen ihnen keine Gelegenheit zur Rehabilitation geben. Mit der Antwort an die S. P. D. können wir uns einverstanden erklären.

Lebedour: Nach Görlitz müssen wir unsern Klassenkampfstandpunkt um so entschiedener betonen. Unsere Politik muß der Arbeiterschaft zeigen, daß wir allein revolutionäre Klassenkämpfer sind.

Breitheid: Unsere Aufgabe ist jetzt, den Klärungsprozeß innerhalb der rechtssozialistischen Arbeiter zu fördern. Die rechtssozialistischen Führer suchen dies zu verhindern, indem sie versuchen, die rechtssozialistischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß eine andere Regierungsbildung nicht möglich ist. Ohne daß wir in das Kabinett Wirth eingetreten sind, haben wir dessen Politik unterstützt, wenn wir der Ueberzeugung waren, daß diese Politik im Interesse des Proletariats lag.

In seinem Schlußwort erörterte Genosse Crispian nochmals eingehend unsere Stellungnahme zur Regierungsbildung und kam zu dem Schluß, daß eine Kritik im einzelnen berechtigt sei, daß die Politik und Taktik unserer Partei im ganzen jedoch vor der Geschichte bestehen könnte.

Nach eindrucksvollen Worten des Genossen Koch und einem Hoch auf den internationalen revolutionären Sozialismus wurde die Konferenz geschlossen.

Offizielle Begrüßung eines deutschen Dampfers in Amerika. Der deutsche Dampfer „Bayern“ wurde bei seinem Eintreffen im Hafen von New York von den städtischen Behörden offiziell begrüßt. Eine Empfangskommission des Magistrats geleitete auf einem mit Flaggen geschmückten Stadtdampfer die „Bayern“ bis an den Pier. Kommissar Mann drückte als Vertreter des Bürgermeisters in einer Ansprache die Hoffnung aus, daß weitere deutsche Schiffe zwischen Deutschland und Amerika verkehren und daß die friedlichen Beziehungen, die während langer bitterer Jahre abgebrochen waren, für ewige Zeiten fortbauern werden. Eine große Menschenmenge begrüßte die „Bayern“ am Pier.

Eine deutsch-dänische Luftfahrerkonferenz ist in Kopenhagen eröffnet worden. Von dänischer Seite nimmt eine Delegation von sieben Mitgliedern teil. Die deutsche Delegation besteht aus vier Mitgliedern.

Demonstration der Kriegsoffer

Am gestrigen Sonntag hatte der Reichsbund der Kriegsbeschäftigten und der Internationalen Bund der Kriegsoffer Deutschlands eine Demonstration aller Kriegsoffer nach der Union-Brauerei einberufen. In großen Zügen mit roten Fahnen und Transparenten: „Wir wollen kein Mitleid, sondern unser Recht!“ Voran die Amputierten in den Fahrstühlen, rückten schon früh die Teilnehmer an. Bald war die große Halle überfüllt und mußte eine Parallelversammlung im Garten stattfinden.

Vertreter des Reichsbundes, Schünemann und Porenz und des Int. Bundes, Gräfe und Motes, ost vom lebhaften Beifall unterbrochen, begründeten die Forderungen der Kriegsoffer. Die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium haben zu keinem Ergebnis geführt, da die berechtigten Forderungen, eine Erhöhung der Teuerungszuschläge auf 80—100 Prozent nicht anerkannt wurden. Am 24. September hat nun das Reichsarbeitsministerium eine Verordnung erlassen, die für Witwen 20 Mark, für einen Elternteil und Waisen 12 Mark, für Beschädigte von 50 Prozent auf 20 Mark bemilligt. Bei der ungeheuren Teuerung müssen diese Sätze geradezu als eine Verhöhnung der Kriegsoffer angesehen werden. Die beiden Organisationen haben daraufhin gemeinsam Forderungen angefaßt und sind gewillt, diese mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

In diesen Forderungen wird verlangt 1. eine dreifache Monatsrate muß in Anbetracht der herrschenden Not sofort ausgezahlt werden. 2. Die Teuerungszulage ist sofort auf 80 Prozent in D und E, 90 Prozent in B und C, 100 Prozent in D und E zu erhöhen. 3. Abschaffung der im § 25 RVO. vorgesehenen Ausgleichzulagen. 4. Beseitigung der im § 63 und § 64 vorgesehenen Ruhevorschriften.

Diese Forderungen sind nicht zu hoch. Wenn man berücksichtigt, daß für 100 000 Mann Reichswehr dieselbe Summe von 5 1/2 Milliarden Mark bewilligt worden sind wie für die 4 1/2 Millionen Kriegsoffer. Die Kriegsoffer müssen mit den Arbeitern zusammen einig und geschlossen für die Besserung der sozialen Lage eintreten.

Nach Schluß der Versammlungen schlossen sich die Kriegsoffer zu einem imposanten Demonstrationzuge zusammen, der sich durch den Westen Berlins bewegte und nach kurzer Ansprache am Wittenbergplatz seinen Abschluß fand.

Schwerer Raubüberfall in Wannsee. Als am gestrigen Sonntag, morgens gegen 7 Uhr, ein Angler die Große Seestraße in Wannsee entlang ging, bemerkte er im Wasser einen Mann, der mit den Wellen kämpfte. Er machte Ruderer, die sich in der Nähe befanden, auf ihn aufmerksam, und diese brachten den Mann ans Land. Jetzt stellte sich heraus, daß er eine schwere Verletzung am Kopfe hatte und zwei Messerstücke unterhalb der Herzgegend. Der Schwerverletzte konnte nur kurz angeben, daß er von unbekannten Männern überfallen, ausgepöbelt und, nachdem sie ihm die Verletzungen beigebracht hätten, in den See geworfen worden sei. Der Ueberfallene wurde festgesetzt als der Vollassistent Friedrich Gerhardt aus der Adalbertstraße zu Berlin. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause in Richterfelde gebracht, wo sich bald nach seiner Einlieferung Kriminalkommissar Herrmann mit seinen Beamten einfinden. Der Ueberfallene hatte jedoch die Besinnung verloren und konnte keine Angaben machen. Die Verletzungen sind sehr schwerer Natur. Die anderweitigen Ermittlungen haben ergeben, daß Gerhardt schon am Sonnabend morgen nach Wannsee hinausgefahren ist. Das Verbrechen kann nur am Sonntag morgen verübt worden sein. Was dem Manne geraubt worden ist, steht gleichfalls noch nicht fest.

Ein Mordgerücht war Sonntag vormittag in Weihensee verbreitet. Die Auffindung einer Leiche hatte Veranlassung zur Alarmierung des Mordbereitschaftsdienstes geführt. Vor dem Grundstück Lichtenberger Straße 15 war ein zunächst unbekannter Mann erschossen aufgefunden worden. Eine Frau, die in der Nähe wohnte, bekundete, daß sie in der Nacht drei Schüsse habe fallen hören. Die Feststellung der Kriminalpolizei ergaben jedoch, daß ein Selbstmord vorliegt. Der Tote ist ein Arbeiter Willy Duz aus Stettin. Er war hierhergekommen und hatte davon gesprochen, daß in dem Stettiner Werk, in dem er beschäftigt gewesen sei, große Unterschleife stattgefunden hätten. Am Sonnabend abend hatte er ein Lokal aufgesucht und dort stark getrunken. Es wird angenommen, daß er in der Trunkenheit die Waffe auf sich gerichtet hat.

Vorauslässliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ziemlich mild, überwiegend bewölkt bei mäßigen Südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Die Wirkung des Streiks im Gastwirtsgewerbe

Infolge der Einmütigkeit der Arbeitsniederlegung fast aller Gastwirtsangestellten waren am Sonntag die meisten größeren Betriebe geschlossen. Nur in wenigen ist versucht worden, den Betrieb mit Hilfe von Streikbrechern aufrecht zu erhalten. Diese Gastwirte mußten aber im Laufe des Abends ebenfalls schließen, weil die Arbeitenden von den Streikenden auf das Unhaltbarste ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, auch die Arbeit niederlegten. Die Streikenden hatten um so leichter Erfolg, als die Sympathie für ihre Bewegung auf endgültige Beseitigung des in sogenanntes Bedienungsgeld umgewandelten Trinkgeldes aus allen Kreisen der Bevölkerung auf ihre Seite ist. Darum nahmen auch die Fremden die durch den Streik hervorgerufenen Unannehmlichkeiten gern hin. Benachteiligt und darum ungeliebter über den Streik sind nur die Kreise, deren Lebensweil es ist, in gewissen „Gaststätten“ die Zeit totzuschlagen. Alle anderen haben sich ohne große Schwierigkeiten über die Betriebschließung der Lokale hinweggeschoben.

Das Stadtgewerk wäre ohnehin am gestrigen Sonntag nicht allzu groß gewesen, weil bei dem schönen Wetter ein großer Teil der Berliner Bevölkerung Ausflüge in die Vororte gemacht hat. Die bürgerliche Presse, die natürlich auch bei dieser Bewegung auf Seiten der Arbeitgeber steht, verbreitet Alarmnachrichten über Ausschreitungen der Streikenden. Es ist bekannt aus früheren Bewegungen, daß von dieser Seite schon das Streikpostensuchen als Ausfäuleitung angesehen wird. Aber der beabsichtigte Zweck, Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden zu tragen, wird nicht erreicht werden. Diese werden den Kampf geschlossen durchführen.

Von der Streikleitung wird uns berichtet:

Das Unternehmerkartell des Berliner Gastwirtsgewerbes bemüht sich krampfhaft, den von den Arbeitnehmern ausgenommenen Kampf als gescheitert hinzustellen. Die bürgerliche Presse stellt sich wie gewöhnlich dem Unternehmertum bereitwillig zur Verfügung; eine Lügennachricht heißt die andere.

Wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, haben bis zur Stunde 220 Betriebe mit rund 4000 Angestellten die Forderungen der Streikenden bewilligt. In diesen Betrieben ist die Arbeit wieder voll aufgenommen worden. Dem Unternehmertum ist diese Tatsache sehr unangenehm. Mit allen Mitteln werden die Firmen, die bewilligt haben, bearbeitet, um die gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen. Dies ist beispielsweise im Betrieb von Faun, Lauben, Ede Friedrichstraße, auch gelungen. Die Gastwirtsangestellten haben aus diesem Grunde in diesem Betriebe erneut die Arbeit niedergelegt, nachdem die Firma die Zustimmung zu den gestellten Forderungen zurückgezogen hatte.

Die Stimmung der Streikenden ist eine glänzende. In allen Betrieben der Gastwirtsangestellten herrscht musterhafte Disziplin. Überall wurde die Arbeit niedergelegt, wo die Forderungen nicht bewilligt worden sind.

Wie die Landesversicherungsanstalt Berlin uns mitteilt, finden die Besichtigungen in ihrer Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten in ihrem Dienstgebäude Am Königlichen Park 3 für Männer am Montag, Dienstag und Sonnabend und für Frauen am Mittwoch, abends von 7 bis 8 1/2 Uhr, kostenlos statt. Die in Groß-Berlin wohnenden Geschlechtskranken können sich an den angegebenen Tagen ohne weiteres zur ärztlichen Untersuchung und Beratung einfinden. Niemand braucht seinen Namen anzugeben.

Parteiveranstaltungen

Montag, 3. Oktober

Schöneberg-Triebhaus. Heute abend bestimmt bei Palm, Kothhof, Ede Obersterstraße, Plakate abholen. Kein Eintritt darf fehlen.
Witz. Abends 8 Uhr treffen sich die Genossen zu einer wichtigen Parteiarbeit bei Schredde, Chausseestraße 55.
Wetzlarer, 1. Abteilung. Abends 8 1/2 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal Nobel, Lothringers Straße, Ede Straßburgerstraße.

Dienstag, 4. Oktober

Charlottenburg, Kinderhülfskommission und Frauenkommission abends 7 1/2 Uhr kurz, sehr dringende Sitzung bei Lux, Schönstraße 8.
Neußlitz. Für den 1. und 2. Bezirk Flugblattverbreitung in den bekannten Lokalen.
Neußlitz. Abends 7 Uhr nimmt die Kinderhülfskommission an der Sitzung bei Weidmann, Berthelshorfer Straße 7, teil.

Mittwoch, 5. Oktober

5. Vermittlungsbeirat, 15., 16., 17. Bezirk. Bildungskommission. 7 1/2 Uhr gemeinsame Sitzung bei Wittich, Veitshaberger Str. 5.
5. Vermittlungsbeirat, 17. Bezirk. Abends 6 Uhr Materialausgabe an die Abteilungen bei Wittich.
5. Vermittlungsbeirat, 15., 16., 17. Bezirk. Kommunale Kommission. Abends 7 1/2 Uhr Abminderungs-Sitzung im Lokal von Neuf, Wemeler Str. 60. Sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein. Die Abteilungsleiter der politischen Abteilung sind hierzu eingeladen.
15. Vermittlungsbeirat, 7. Uhr Schule Niederhöfenstraße, Bildungskommissionen aller Orte. Jeder Ort muß vertreten sein. Tagesordnung: Unsere Winterarbeit.
15. Vermittlungsbeirat (Tagesrat). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung (sonntlicher U. S. V.) Eisenstraße des Bezirks bei Koch, Niederhöfenstraße, Berliner Straße 26.
15. Bezirk. Abends 7 Uhr Frauenarbeit und Kinderhülfskommission bei Höpke, Stolpische Straße 36.

Donnerstag, 6. Oktober

5. u. 6. Bezirk. Mitglieder-Versammlung der freien Schulgemeinde Tiergarten. Piarreter Meier referiert: Ist die weltliche Schule religiös? Anhänger der weltlichen Schulen willkommen.
15. und 16. Bezirk (Kreuzberg). Donnerstag den 6. Oktober, 7 Uhr, öffentliche Frauenversammlung in der Schulaula Rittenwalder Str. 37. Ref.: Genossin Durm.

Bereinskalender

Montag, 3. Oktober

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7 Uhr Hochgruppenversammlung in im Weihen Saal des Reichshofes, Invalidenstr. 126.
Zentralverband der Angestellten, Chirurgiemechanik. Heute 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Ruhlfällen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Dienstag, 4. Oktober

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handbuchsleiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Lederbranche. Abends 7 Uhr beschließende Branchenversammlung bei Schulz, Köpenickerstr. 2 (im Meierhof). — Gruppe Vaplet und Pappen. Nachmittags 5 Uhr findet in der Schulaula, Invalidenstr. 126, eine wichtige Gruppenversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Tarif — Handbuchsleiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben der Engros- und Groß-Konfektion. Deutscher Arbeiter-Verband, Köpenickerstr. 2, 1. Obergeschoss. Abends 8 1/2 Uhr sehr wichtige Gruppenversammlung im Lokal von Witte, Köpenickerstr. 2.
Intern. Bund der Kriegsoffer, Norden 8. Abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Völkling-Gymnasium, Panitzschstr. 18, Schulaula.
Bund der Kriegsoffer, Witwen und Waisen der Invaliden- und Invaliden-Verband. Abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant Wendenhof, Berlin, Rottbuser Str. 12.
Weiterer-Opernklub. Täglich 7 1/2 Uhr Monatsversammlung, Sophien-Opern, Weinmeisterstraße.
Reichsbund der Arbeiter- und Arbeiterinnen, Ortsgruppe 3 (N.O.). Abends 7 1/2 Uhr Versammlung, Unions-Hof, Greifswalder Straße 22.
Arbeiter-Samariter-Kolonie Spanbau. Beginn der Winterkurse zur Ausbildung von Samaritern und Samariterinnen. Freitag und Samstag im Jugendheim, Altes Schützenhaus, Zimmer 17.
Berichterstatter für Politik und Sozialwesen: Leseliste. Berlin-Triebhaus: für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: E. Rudner, Berlin; für den Internationalen und geistlichen Anteilungen: Ludwig Kaminer, Charlottenburg. — Verlagsstellen: „Freiheit“, c. G. u. b. S., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 8-9.

Das künstliche Höhenonnenbad „Artis“.

Im Oktober jährt es sich wieder einmal, daß eine Heilanstalt gegründet wurde, die in verhältnismäßig kurzer Zeit an erste Stelle rückte, und nicht nur in Berlin selbst, sondern in ganz Deutschland und sogar darüber hinaus berühmt wurde. Es ist das künstliche Höhenonnenbad „Artis“, Berlin, Belle-Alliance-Platz 6a. Mit 22 Höhensonnen ist es die weitaus größte Spezialanstalt Deutschlands, und seit ihrem Bestehen sind bereits über 100 000 Bestrahlungen an mehr als 7000 Patienten ausgeführt worden. Der Direktor der Anstalt ist Spezialist auf dem Gebiete der Ultraviolettbestrahlung, und seine vollstündigen Aufsätze erschienen in vielen Berliner Blättern. Aber nicht nur Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne werden in der Anstalt ausgeführt, sondern das Instrumentarium umfaßt das ganze Gebiet der elektro-physikalischen Heilmethoden, bei denen jetzt so glänzende Heilerfolge erzielt werden.

Vor allem die Diathermie, wobei mittels schmerzloser hochfrequenter Ströme die Heilwirkung selbst auf die tiefstgelegenen, sonst unzugänglichen Organe ausgeübt wird. Außerdem die reine Hochfrequenz in den verschiedensten Abarten.

Als bemerkenswerte Eigentümlichkeiten der Anstalt seien noch zwei Entsetzungsstühle nach Bergoné angeführt. Mittels dieser kann man Gewichtsabnahmen bis zu 40 Pfund monatlich erzielen. Daß die Anstalt über ein gutes Röntgen-Instrumentarium verfügt, ist selbstverständlich, da viele zur Behandlung kommenden Fälle erst mittels Röntgendurchleuchtung oder Photographie diagnostiziert werden müssen. Es möge hier erwähnt werden, daß die Röntgenstrahlen zu diagnostischen Zwecken vollständig gefahrlos sind. Ueberdies wird der Röntgenapparat nur durch einen Arzt und Röntgenfachmann gebraucht, der auch die medizinische

Leitung der Anstalt hat. Natürlich verwendet er nach Bedarf auch die anderen Hilfsmittel der medizinischen Wissenschaft, wie überhaupt die ganze Behandlung in der Anstalt nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen erfolgt. Es dürfte vielleicht interessieren, bei welchen Krankheiten die hauptsächlichsten Heilerfolge erzielt werden. Ich folge bei der Aufzählung der soeben neu erscheinenden Druckschrift Nr. 6 des Direktors Kort, die folgende Krankheiten anführt:

Blutarmut, Bleichsucht, Menstruationsbeschwerden, Weißfluß, Beschwerden der Schwangerschaft und Wechseljahre und andere Frauenkrankheiten, Magen-, Darmstörungen, Fettsucht, Nierenleiden, Blasenleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Gallensteine, Gicht, Neuralgie (Kopfschmerzen), besonders Ischias, Gesichtsschmerz, Kopfschmerzen, Neurasthenie (Nervosität), Herzneurose, Schlaflosigkeit, Rheumatismus, Hexenschuß, Katarrhe, Reuchhusten, Grippe, Asthma.

Hautkrankheiten, Flechten (auch Schuppenflechte), Finnen, Pidel, Hautjucken, Furunkel, Frostbeulen usw.

Haarkrankheiten und Haarausfall (oft selbst jahrelang bestehende Kahlheit).

Tuberkulose, Skrofuloze, Rachitis (engl. Krankheit), Herzkrankheiten, Aderverkalkung, Rückenmarksleiden, Lähmungen, Ohrenleiden.

Allgemeine Körperschwäche nach Krankheiten und Operationen. Diese Aufzählung erschöpft natürlich nicht alle Krankheiten, die behandelt werden.

Jeder bekommt indessen mündlich kostenlos vom Direktor Auskunft, und es wird niemand zur Behandlung angenommen, bei dem keine Aussicht auf Besserung oder Heilung vorhanden ist.

Auch der Massage ist in der Anstalt eine Stätte eröffnet, besonders der elektrischen (Vibrations-) Massage deren günstige Wirkung bei vielen Krankheiten jetzt erkannt wird. Die Massage

wird durch geübte Schwestern ausgeführt, evtl. auch von dem Anstaltsleiter selbst.

Wenn auch die Anstalt hauptsächlich zu Heilzwecken dient, so ist doch eine Abteilung auch für kosmetische Zwecke eingerichtet; Bräunen der Haut, Entfernung von lästigen Haaren, Warzen und Pigmentmalen durch Elektrolyse usw.

Obwohl man Höhensonne zur Besserung des Allgemeinbefindens und zu kosmetischen Zwecken auch ohne vorherige ärztliche Untersuchung nehmen darf, ohne irgendeinen Schaden befürchten zu müssen, so ist es doch bei Krankheiten ratsam, vorher mit dem leitenden Arzt der Anstalt zu sprechen, der die Krankheit genau (entw. unter Zuhilfenahme des Röntgenapparates) feststellt und einen genauen Kurplan entwirft.

Die Kosten aller Behandlungen im Höhenonnenbad „Artis“ sind überaus mäßig, und dadurch wird die Anstalt zu einer richtigen Volksheilanstalt, die auch weniger Bemittelte aller Stände benutzen können. Die Anstalt hat in dankenswerter Weise der Flüchtlingssorge der Stadt Berlin 1000 kostenlose Bestrahlungen für gänzlich unbemittelte Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Die Behandlungen finden während des ganzen Tages von morgens 8 bis abends 8 ununterbrochen statt (außer Sonntags). Um auch solchen, die bis 7 Uhr abends geschäftlich verhindert sind, Gelegenheit zum Besuche der Anstalt zu geben, ist die Dienstag- und Freitag-Tag logar bis 9 Uhr abends geöffnet. An den gleichen Tagen finden abends von 8 Uhr ab Gruppenbestrahlungen für Kinder, bemittelte zu dem besonders ermäßigten Preise von 60 Mark für eine Kur von 15 Bestrahlungen statt. Anmeldungen am 4. und 7. Oktober, abends 8 Uhr, in der Anstalt. Die ärztliche Sprechstunde ist jedoch nur von 10 bis 1 und 5 1/2 bis 7 Uhr, außer Sonntags. Auch für die meisten Krankenassistenten werden die Behandlungen in der Anstalt ausgeführt. Es wäre zu wünschen, daß der Anstalt ein weiteres Wachstum und vor allem weiter solche glänzenden Heilerfolge beschieden seien wie bisher. —bs.

Beachten Sie unsere 13 Schaufenster und 15 Schaukästen

Die überaus starke Geldentwertung ruft eine rapide Verteuerung aller Textilwaren hervor

zu billigen Preisen:

<p>Wir bieten noch an</p> <p>Winter-Mäntel in guter Qualität 98 Mark 290, 190, 145, 98</p> <p>Flausch-Mäntel in Qual. schöner Formen 298 Mark 345, 495, 395, 298</p> <p>Tuch-Mäntel Elegante Fassons 398 Mark 695, 585, 495, 398</p> <p>Velour de laine-Mäntel Elegante Modelle 895 Mark 1475, 1175, 985, 895</p>	<p>Stoff-Kleider schöne Formen 145 Mark 245, 195, 175, 135</p> <p>Woll-Kleider elegant schönste Fassons 165 Mark 495, 395, 275, 165</p> <p>Seiden-Kleider schöne Aufmachungen 375 Mark 975, 650, 495, 375</p> <p>Sammet-Kleider sehr elegant 575 Mark 985, 785, 595, 575</p>
<p>Astrachan-Mäntel in Ia Qualität 475 Mark 675, 695, 595, 475</p> <p>Krimmer-Mäntel auf Goldentwurf 695 Mark 1275, 995, 850, 695</p> <p>Plüsch-Mäntel elegante Formen 785 Mark 1495, 1250, 975, 785</p> <p>la Seal-Mäntel (Erste für Pelz) 2450 Mark 3900, 3200, 2950, 2450</p>	<p>Kostüme Elegante Aufmachungen 398 Mark 975, 790, 590, 398</p> <p>Strick-Jacken „Flanell-Jacken, Leinen-Farb.“ 195 Mark 395, 305, 245, 195</p> <p>Gummi-Mäntel in Gummierung 395 Mark 795, 625, 550, 395</p> <p>Imprägnierte Reise-Mäntel Stoff und Seide 145 Mark 145</p>

Blusen und Jumper in Wolle und Seide, große Auswahl / Kostümröcke / Kinder-Kleider und Mäntel

Damen-Konfektions-Haus

M. Kraus & Co

Berlin O 112, Frankfurter Allee 50, Eckhaus Niederhammlstraße

Fahrverbindungen: Ringbahnhof Frankfurter Allee, Straßenbahn: 6, 68, 69, 70, 71, 77, 168, 176.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Röppicher Str. 62
7 1/2 Uhr
Der Schrei nach Ruhe

Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der fliegende Holländer
Schauspielhaus (Acker-Adamsmarkt)
7 1/2 Uhr: Peer Gynt

Städt. Mag. Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Der Bauer als Millionär
Kammerpiele
Zum 1. Male
7 Uhr: Der Schauerhof
Großes Schauspielhaus
Reichstraße
7 Uhr: Die Räuber

Theater i. d. Königsgräber Str.:
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Schäfer, Richard, Engel, Scherzmann, Schick, Wild)
St.: Die Fahrt ins Blaue
St.: Die Fahrt ins Blaue

7 1/2 Uhr Residenz-Theater
Olga Limburg, Kaiser-Titz
in **Der König** (Lo rol)

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Tod und Teufel
Vorher: Der Kammerdiener

Theater des Ostens
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

Kleines Theater
1/2, 8 1/2 Uhr: Carola Tschelle in
Fr. Josselle — meine Frau

Walhalla-Theater
7.30 Uhr:
Die schöne Helena

7 1/2, Casino-Theater 7 1/2
Erzählens Waga
Stg. 3 1/2, 1. Teil, d. Bergens

11. Apollotheater 11.
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher
Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Auskunftsoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: 1077
Täglich 7 1/2, 11 Uhr u.
Stg. nachm. 3 1/2
Blüthen-Konzert
Elio-Sänger
Dok. 11-12 u. 4-6

Billige an Wald und Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 800 an. Günstige Abzahlung.
Ankunft: Terrängesellschaft Heiligensee, Berlin
9123 6, Schiffbauerdamm 28. Telep.: Norden 716.
In Heiligensee im Bureau oder bei Vamprecht,
Restaurant Kottbuscher Heiligensee, Kirchallee.
Telefon der Tegel-Heiligensee Gesellschaft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Dienstag, den 4. Oktober 1921, abends 8 1/2 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45 a

Versammlung

aller in den Schwarzblechbetrieben
Beschäftigten

Tagesordnung:
1. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss.
2. Verschiedenes.

Dienstag, den 4. Oktober 1921, abends 1/2 5 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45 a

Branchen-Versammlung

aller in den Buchdruckmaschinen-Reparatur-Werkstätten beschäftigter Kollegen

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu einem neuen Lohnabkommen.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht

Tour
Kuglerstr., Mandelstr., Greifswalder Str.
Tour
Allensteiner Straße
Spektion Werner, Greifswalder Str.
Spedition Stimming
Lichtenberg, Weichselstr. 28

Handbuch für Betriebsräte

3. Auflage

Broschiert 15.— Mk. * Gebunden 20.— Mk.

Vorzugspreis

für Betriebsräte, Obleute und Gewerkschaftsfunktionäre
Broschiert 10.— Mark Gebunden 15.— Mark

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“

BERLIN C2 / / / BREITE STRASSE 8-9

Kleine Anzeigen

<h4 style="text-align: center;">Verkäufe</h4> <p>Staubenterragen! Soziale 60.—, Kreuzliche 75.— Mark mit Wäsche! Große Zahlweise. Möbelsaal Reichel, Berlin 34.</p> <p>1000 alte andere Verp. arten! Viel ausmacht! Keine Verp. arten! Alles zu bedeutend herabgesetzten, (postulativen) Commerspreisen! Spezial-Verkauf im Reichsausschuss! Wäsche! 7.</p> <p>Grünen. Grünan. Herren-Anzüge nach Maß von 700.— an. Blaue Anzüge 900.— an. Große Auswahl in allen Größen. Preisabstimmung. Grünan, Friedrichstr. 27 a. l.</p> <p>Kaplan (Schlichter) billig herabgesetzt. Schenk, Rappinerstr. 127.</p>	<h4 style="text-align: center;">Möbel</h4> <p>Zellenschlung. Einzel- und ganze Einrichtungen. Moderne Zahlweise. Möbelsaal Reichel, Berlin 34.</p> <p>Chaiselongues 100.—, Chaiselongues 75.—, Metallbetten 150.—, Kinderbetten, Weiche, Kupfer, Stahl 22. Daug.</p>	<h4 style="text-align: center;">Geld-Verkehr</h4> <p>Betriebskapital, Geld, Darlehen, Kautionszahlung, Richter, Invalidenstr. 146, II.</p>
<h4 style="text-align: center;">Kaufgefuche</h4> <p>Schiffbau, Holz, Material antike jeden Posten. Forderungen, 1000 (Möbelsaal Reichel), Köpenickerstr. 100.</p> <p>Wollstoffe, Feinschnitt leicht zu dichten Perlen. Reichel, Invalidenstr. 146.</p>	<h4 style="text-align: center;">Verschiedenes</h4> <p>Gelegenheitskäufe. Gute und billige Wäsche jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.</p> <p>Frauen lesen gern Roman. Verlangen Sie gegen Einzahlung von 11.— Mark den „Weg zum Glück“, Roman von Camille Maupassant, in der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin, Breite Straße 8-9.</p>	